

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zur Änderung des Abkommens vom 20. März 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Erhaltung der Grenzbrücken
im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen
und der polnischen Landesstraßen
an der deutsch-polnischen Grenze**

A. Problem und Ziel

Das am 20. März 1995 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze (BGBl. 1996 II S. 826, 827) enthält in seiner Anlage Regelungen über die Zuständigkeit für die Erhaltung bestehender Grenzbrücken im Zuge des Bundesfernstraßennetzes und der polnischen Landesstraßen. Da in den zurückliegenden Jahren auf polnischer Seite, vereinzelt auch auf deutscher Seite, zahlreiche Umstufungen und Baulastträgerwechsel der in der Anlage genannten Grenzbrücken stattgefunden haben mit der Folge, dass diese Grenzbrücken auf polnischer Seite nicht mehr im Zuge polnischer Landesstraßen verlaufen und somit nicht mehr in den Anwendungsbereich des Abkommens fallen, ist eine Aktualisierung der Anlage zum vorgenannten Abkommen erforderlich.

Zugleich sollen durch diplomatischen Notenwechsel vorgenommene Änderungen der Anlage zum Abkommen von 1995 künftig schneller und leichter innerstaatlich in Kraft gesetzt werden können.

B. Lösung

Neufassung der Anlage zum Abkommen vom 20. März 1995 und Ermächtigung der Bundesregierung, die Notenwechsel gemäß Artikel 11 Absatz 1 des Abkommens zur Änderung der Anlage künftig durch Rechtsverordnung in innerstaatliches Recht in Kraft zu setzen.

Artikel 11 Absatz 1 sieht vor, dass Änderungen der Anlage im Wege des diplomatischen Notenwechsels durchgeführt werden. Eine solche Änderung ist mit Notenwechsel vom 18. Februar 2011/29. November 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen vereinbart worden. Durch das nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz erforderliche Vertragsgesetz soll die Voraussetzung für das innerstaatliche Inkrafttreten der durch den Notenwechsel vereinbarten Änderung der Anlage zum Abkommen geschaffen werden.

Die nicht mehr in der Anlage zum Abkommen enthaltenen Grenzbrücken sind bereits mit Notenwechsel vom 20. April/10. Dezember 2010 (BGBl. 2012 II S. 554, 555) in die Anlage B zum Abkommen vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen (BGBl. 2002 II S. 2331, 2333) überführt worden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine.

E. Erfüllungsaufwand**E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Es werden keine Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Es werden keine Informationspflichten für die Unternehmen eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung entsteht kein Erfüllungsaufwand.

F. Weitere Kosten

Kosten für soziale Sicherungssysteme und Auswirkungen auf Einzelpreise sowie auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten. Für die Wirtschaft, insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen, entstehen keine Kosten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN

Berlin, 10. Mai 2013

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Abkommens vom 20. März 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die
Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und
der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Der Bundesrat hat in seiner 909. Sitzung am 3. Mai 2013 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf**Gesetz
zur Änderung des Abkommens vom 20. März 1995
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Polen
über die Erhaltung der Grenzbrücken
im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen
und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der durch Notenwechsel vom 18. Februar 2011/29. November 2012 geschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Neufassung der Anlage zum Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze (BGBl. 1996 II S. 826, 827) wird zugestimmt. Die deutsche Antwortnote wird nachstehend in deutscher und polnischer Sprache veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Notenwechsel vorgenommene Änderungen gemäß Artikel 11 Absatz 1 des Abkommens durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die durch den Notenwechsel vom 18. Februar 2011/29. November 2012 geschlossene Vereinbarung nach ihrer Nummer 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die Vereinbarung ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht. Nach Artikel 11 Absatz 1 Satz 2 des Abkommens ist die Anlage Bestandteil des Abkommens. Änderungen der Anlage sind daher Änderungen des Abkommens. Das Abkommen vom 20. März 1995 selbst ist innerstaatlich durch ein Vertragsgesetz umgesetzt und damit Bestandteil des Bundesrechts geworden. Änderungen des Abkommens sowie Änderungen der Anlage zum Abkommen weichen daher von geltendem Bundesrecht ab.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 80 Absatz 2 des Grundgesetzes erforderlich, weil die Mitwirkung des Bundesrates beim Erlass der Verordnungen nach Artikel 2 des Gesetzes ausgeschlossen wird (vgl. BVerfGE 28, 66, 76 f.).

Zu Artikel 2

Artikel 2 ermächtigt die Bundesregierung, Vereinbarungen durch Notenwechsel gemäß Artikel 11 Absatz 1 des Abkommens zur Änderung der Anlage durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates innerstaatlich in Kraft zu setzen. Die Ermächtigung ist auf einen konkreten Adressaten und ein genau bezeichnetes Regelungsobjekt beschränkt, sodass Inhalt und Ausmaß der Verordnungsermächtigung hinreichend präzise begrenzt sind. Durch das vorgesehene vereinfachte Inkraftsetzen wird das Erfordernis obsolet, bei jeder durch diplomatischen Notenwechsel vereinbarten Änderung der Anlage ein Vertragsgesetz zu beschließen. Die Ermächtigung schafft die Voraussetzung für eine rasche, dynamische Anwendung der Rahmenregelungen des Abkommens.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem die durch den Notenwechsel vom 18. Februar 2011/29. November 2012 geschlossene Vereinbarung nach ihrer Nummer 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Das Gesetz hat selbst keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen.

Es werden keine Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen oder die Verwaltung eingeführt, vereinfacht oder abgeschafft.

Kosten entstehen durch das Gesetz weder bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere nicht bei mittelständischen Unternehmen, noch bei sozialen Sicherungssystemen.

Vor diesem Hintergrund sind Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, nicht zu erwarten.

Gleichstellungspolitische Auswirkungen sind nicht zu erwarten.

Die Managementregeln und Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurden geprüft. Der Gesetzentwurf berührt keine Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung.

Warschau, 29.11.2012

Warszawa, dnia 29.11.2012 roku

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, den Eingang der nur in polnischer Sprachfassung übermittelten Verbalnote Nr. DPT – 2266/11/09/11/PR/27362/26 des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen vom 18. Februar 2011 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Artikel 11 Absatz 1 des am 20. März 1995 in Warschau gefertigten Abkommens zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Erhaltung von Grenzbrücken an der polnisch-deutschen Grenze im Zuge der polnischen Landesstraßen und der deutschen Bundesfernstraßen, im Folgenden „Abkommen“ genannt, den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Polen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Neufassung der Anlage zum Abkommen vorzuschlagen, die folgenden Inhalt haben soll:

1. Die Anlage zum Abkommen wird wie folgt neu gefasst:

„Anlage
zum Abkommen
zwischen der Republik Polen
und der Bundesrepublik Deutschland
über die Erhaltung von Grenzbrücken
an der polnisch-deutschen Grenze
im Zuge der polnischen Landesstraßen
und der deutschen Bundesfernstraßen

1. Der Bundesrepublik Deutschland obliegt die Erhaltung:
 - a) der Grenzbrücke über die Oder zwischen Dammvorstadt (Stubice) und Frankfurt an der Oder, im Zuge der polnischen Landesstraße Nr. 29 und der deutschen Bundesstraße B 5,
 - b) der Grenzbrücke über die Oder zwischen Schwetig (Świecko) und Frankfurt an der Oder, im Zuge der polnischen Landesstraße Nr. 2, der künftigen polnischen Autobahn A 2 und der deutschen Autobahn A 12
 - c) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen Hennersdorf (Jędrzychowice) und Ludwigsdorf, im Zuge der polnischen Landesstraße Nr. 4, der künftigen polnischen Autobahn A 4, und der deutschen Autobahn A 4
2. Der Republik Polen obliegt die Erhaltung:
 - a) der Grenzbrücke über die Oder zwischen Nieder Kränig (Krajnik Dolny) und Schwedt, im Zuge der polnischen Landesstraße Nr. 26 und der deutschen Bundesstraße B 166,
 - b) der Grenzbrücke über die Oder zwischen Küstrin an der Oder (Kostrzyn nad Odrą) und Kietz-Küstrin, im Zuge der polnischen Landesstraße Nr. 22 und der deutschen Bundesstraße B 1,
 - c) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen Gubinchen (Gubinek) und Guben, im Zuge der polnischen Landesstraße Nr. 32 und der deutschen Bundesstraße B 97,
 - d) der Grenzbrücke über die Neiße zwischen Erlenhorst (Olszyna) und Forst, im Zuge der polnischen Landesstraße Nr. 18, der künftigen polnischen Autobahn A 18 und der deutschen Autobahn A 15.“
2. Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Polen mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen, die für das Inkrafttreten unerlässlich sind,

Ambasada Republiki Federalnej Niemiec przesyła wyrazy szacunku Ministerstwu Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej i ma zaszczyt potwierdzić otrzymanie przesłanej tylko w polskiej wersji językowej noty nr DPT – 2266/11/09/PR/27362/26 Ministerstwa Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 18 lutego 2011 roku, która ma następujące brzmienie:

„Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej przesyła wyrazy szacunku Ambasadzie Republiki Federalnej Niemiec i w nawiązaniu do artykułu 11 ustęp 1 Umowy między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o utrzymaniu mostów granicznych na granicy polsko-niemieckiej w ciągu polskich dróg krajowych i niemieckich dróg federalnych, sporządzonej w Warszawie dnia 20 marca 1995 r., zwanej dalej „Umową“, ma zaszczyt zaproponować zawarcie Porozumienia między Rządem Rzeczypospolitej Polskiej a Rządem Republiki Federalnej Niemiec o sporządzeniu nowej wersji Załącznika do Umowy o następującej treści.

1. Załącznik do Umowy otrzymuje następujące brzmienie:

„Załącznik
do Umowy
między Rzeczpospolitą Polską
a Republiką Federalną Niemiec
o utrzymaniu mostów granicznych
na granicy polsko-niemieckiej
w ciągu polskich dróg krajowych
i niemieckich dróg federalnych

1. Republika Federalna Niemiec jest zobowiązana do utrzymania:
 - a) mostu granicznego przez Odrę pomiędzy miejscowościami Stubice i Frankfurt nad Odrą, w ciągu polskiej drogi krajowej nr 29 i niemieckiej drogi federalnej B 5,
 - b) mostu granicznego przez Odrę pomiędzy miejscowościami Świecko i Frankfurt nad Odrą, w ciągu polskiej drogi krajowej nr 2, przyszłej polskiej autostrady A 2 i niemieckiej autostrady A 12,
 - c) mostu granicznego przez Nysę pomiędzy miejscowościami Jędrzychowice i Ludwigsdorf, w ciągu polskiej drogi krajowej nr 4, przyszłej polskiej autostrady A 4 i niemieckiej autostrady A 4.
2. Rzeczpospolita Polska jest zobowiązana do utrzymania:
 - a) mostu granicznego przez Odrę pomiędzy miejscowościami Krajnik Dolny i Schwedt, w ciągu polskiej drogi krajowej nr 26 i niemieckiej drogi federalnej B 166,
 - b) mostu granicznego przez Odrę pomiędzy miejscowościami Kostrzyn nad Odrą i Kietz-Küstrin, w ciągu polskiej drogi krajowej nr 22 i niemieckiej drogi federalnej B 1,
 - c) mostu granicznego przez Nysę pomiędzy miejscowościami Gubinek i Guben, w ciągu polskiej drogi krajowej nr 32 i niemieckiej drogi federalnej B 97,
 - d) mostu granicznego przez Nysę pomiędzy miejscowościami Olszyna i Forst, w ciągu polskiej drogi krajowej nr 18, przyszłej polskiej autostrady A 18 i niemieckiej autostrady A 15.“
2. Porozumienie niniejsze wchodzi w życie w dniu, w którym Rząd Republiki Federalnej Niemiec poinformował Rząd Rzeczypospolitej Polskiej o spełnieniu wewnętrzpaństwowych wymogów niezbędnych dla jego wejścia w życie. Decyduje

erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

3. Diese Vereinbarung wird vom Tag ihres Abschlusses an nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts vorläufig angewendet.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen schlägt vor, dass, falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland dem zustimmt, diese Note und die Antwortnote darauf eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Polen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Neufassung der Anlage zu dem am 20. März 1995 in Warschau gefertigten Abkommen zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Erhaltung von Grenzbrücken an der polnisch-deutschen Grenze im Zuge der polnischen Landesstraßen und der deutschen Bundesfernstraßen bilden, die mit dem Datum der Note geschlossen wird, mit der das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen den Eingang der Antwortnote bestätigt. Diese Vereinbarung ist in ihrem polnischen und deutschen Wortlaut gleichermaßen verbindlich.

Die diese Vereinbarung bildenden Notentexte in polnischer Sprache und in deutscher Sprache sind gleichermaßen verbindlich.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.“

Die Botschaft beehrt sich, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Republik Polen einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen vom 18. Februar 2011 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Neufassung der Anlage zum Abkommen vom 20. März 1995, die an dem Tag in Kraft tritt, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Polen mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Die vorläufige Anwendbarkeit dieser Vereinbarung nach ihrer Nummer 3 beginnt mit dem Datum der Verbalnote, mit der das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen den Eingang dieser Antwortnote bestätigt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlass, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Polen
Warschau

den Tag des Eingangs der Mitteilung.

3. Porozumienie niniejsze począwszy od dnia jego zawarcia będzie stosowane tymczasowo zgodnie z przepisami prawa wewnętrznego każdej strony.

Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej proponuje, aby w przypadku wyrażenia zgody na powyższe przez Rząd Republiki Federalnej Niemiec, niniejsza nota wraz z odpowiedzią na nią stanowiły Porozumienie między Rządem Rzeczypospolitej Polskiej a Rządem Republiki Federalnej Niemiec o sporządzeniu nowej wersji Załącznika do Umowy między Rzeczpospolitą Polską a Republiką Federalną Niemiec o utrzymaniu mostów granicznych na granicy polsko-niemieckiej w ciągu polskich dróg krajowych i niemieckich dróg federalnych, sporządzonej w Warszawie dnia 20 marca 1995 r., które zostanie zawarte z datą noty, którą Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej potwierdzi otrzymanie noty stanowiącej odpowiedź. Niniejsze Porozumienie w języku polskim i niemieckim posiada jednakową moc obowiązującą.

Stanowiące niniejsze porozumienie teksty not w języku polskim i w języku niemieckim mają jednakową moc obowiązującą.

Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej korzysta z okazji, aby ponowić Ambasadzie Republiki Federalnej Niemiec wyrazi wysokiego poważania.“

Ambasada ma zaszczyt poinformować Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej, że Rząd Republiki Federalnej Niemiec wyraża zgodę na propozycje Rządu Rzeczypospolitej Polskiej. W związku z tym nota Ministerstwa Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 18 lutego 2011 roku i niniejsza nota-odpowiedź stanowiącą będą Porozumienie między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o sporządzeniu nowej wersji Załącznika do Umowy z dnia 20 marca 1995 roku, które wchodzi w życie w dniu, w którym Rząd Republiki Federalnej Niemiec poinformował Rząd Rzeczypospolitej Polskiej o spełnieniu wewnętrzpaństwowych wymogów niezbędnych dla jego wejścia w życie. Decyduje dzień otrzymania informacji.

Tymczasowe stosowanie niniejszego Porozumienia zgodnie z jego punktem 3 zaczyna się datą noty, którą Ministerstwo Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej potwierdzi otrzymanie niniejszej noty stanowiącej odpowiedź.

Ambasada Republiki Federalnej Niemiec korzysta z okazji, aby ponowić Ministerstwu Spraw Zagranicznych Rzeczypospolitej Polskiej wyrazi najwyższego poważania.

Ministerstwo
Spraw Zagranicznych
Rzeczypospolitej Polskiej
Departament Wschodni
Warszawa

Denkschrift

I. Allgemeiner Teil

Das am 20. März 1995 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze (BGBl. 1996 II S. 826, 827) enthält in seiner Anlage Regelungen über die Zuständigkeit für die Erhaltung bestehender Grenzbrücken im Zuge des Bundesfernstraßennetzes und der polnischen Landesstraßen. In den zurückliegenden Jahren fanden auf polnischer Seite, vereinzelt auch auf deutscher Seite, zahlreiche Umstufungen und Baulastträgerwechsel der in der Anlage genannten Grenzbrücken statt mit der Folge, dass diese Grenzbrücken nicht mehr in den Anwendungsbereich des Abkommens fallen. Dies erforderte eine Aktualisierung der Anlage. Durch Notenwechsel vom 18. Februar 2011/29. November 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Neufassung der Anlage zum Abkommen ist eine solche Aktualisierung vereinbart worden.

II. Besonderer Teil

Nummer 1 regelt den Gegenstand der durch Notenwechsel vom 18. Februar 2011/29. November 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen getroffenen Vereinbarung: Neufassung der Anlage zum Abkommen, die Regelungen über die Zuständigkeit für die Erhaltung bestehender Grenzbrücken im Zuge des Bundesfernstraßennetzes enthält. Folgende Grenzbrücken, die nicht mehr in den Anwendungsbereich des Abkommens fallen, werden aus der Anlage gestrichen:

1. Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Hohenwutzen und Niederwutzen (Osińów Dolny) im Zuge der deutschen Straße B 258 und der polnischen Straße 124 (jetzt: polnische Wojewodschaftsstraße 124),
2. Grenzbrücke über die Oder zwischen den Ortschaften Mescherin und Greifenhagen (Gryfino) im Zuge der deutschen Straße B 113 und der polnischen Straße 120 (jetzt: polnische Wojewodschaftsstraße 120),
3. Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Bad Muskau und Lugnitz (Łeknica) im Zuge der deutschen Straße S 89a (jetzt: deutsche Staatsstraße S 127a) und der polnischen Straße 298 (jetzt: polnische Landesstraße 12),
4. Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Görlitz und Görlitz (Zgorzelec) im Zuge der deut-

schen Straße B 6 (jetzt: deutsche Staatsstraße S 125) und der polnischen Straße 4 (jetzt: polnische Wojewodschaftsstraße 317),

5. Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Zittau und Klein Schönau (Sieniawka) im Zuge der deutschen Straße S 20 (Chopinstraße) (jetzt: deutsche Staatsstraße S 146) und der polnischen Straße 354 (jetzt: polnische Wojewodschaftsstraße 354),
6. Grenzbrücke über die Neiße zwischen den Ortschaften Zittau und Poritsch (Porajow) im Zuge einer deutschen Gemeindestraße (Friedensstraße) (jetzt deutsche Staatsstraße S 132a) und der polnischen Straße 1026 (jetzt: polnische Kreisstraße 1026D).

Mit der durch Notenwechsel vom 20. April/10. Dezember 2010 geschlossenen Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Änderung der Anlagen A und B zum Abkommen vom 21. November 2000 (BGBl. 2002 II S. 2331, 2333) über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen (BGBl. 2012 II S. 554, 555) sind die oben genannten Grenzbrücken bereits in die Anlage B zum letztgenannten Abkommen überführt.

Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle Bereinigungen.

Nummer 2 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Vereinbarung fest. Die Vereinbarung bedarf der Ratifikation in der Bundesrepublik Deutschland. Sie tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Polen mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen, die für das Inkrafttreten unerlässlich sind, erfüllt sind. Maßgeblich ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Nummer 3 bestimmt, dass die Vereinbarung vom Tag ihres Abschlusses nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts vorläufig anwendbar ist. Abgeschlossen ist die Vereinbarung mit dem Datum der Note, mit der das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen den Eingang der Antwortnote der Regierung der Bundesrepublik Deutschland bestätigt hat. Die bestätigende Note des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (siehe Anlage zur Denkschrift) trägt das Datum des 3. Dezember 2012. Die Vereinbarung ist damit ab dem 3. Dezember 2012 vorläufig anwendbar.

Anlage zur Denkschrift

Zusammenfassung

Bi.; 05.12.12

Verbalnote

DPT-2266/11/09/pd/173163

Eingangsformel

Das PAM bestätigt den Erhalt der VN der Botschaft vom 29.11.2012, Nr. 280/2012 – Eingang am 30.11.2012 – zur Einwilligung der Bundesregierung zum Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Polen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über eine neue Fassung der Anlage zum Abkommen vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze.

Schlussformel

Warschau, den 3.12.2012

